

Nochmals die Monopolfrage.

Berlin, 22. Februar 1916.

In einem zweiten Artikel (Nr. 47 vom 17. Februar) kommt der „Vorwärts“ nochmals auf die „Monopolfrage“ zurück. Daß sein Kritikus meinen Ausführungen über die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues und Kohlenhandels nicht zustimmen werde, wußte ich im voraus. Ich habe auch gar nicht darauf gerechnet. Zwar erklärt der „Vorwärts“, er sei nicht schlechtweg für oder gegen die Verstaatlichung von Industriezweigen; es handle sich dabei um eine Zweckmäßigkeitsfrage, die „je nach den konkreten Bedingungen des Einzelfalles zu entscheiden“ wäre. Aber es ist völlig klar, daß, wenn man, wie der „Vorwärts“ der Ansicht ist, es sei „gehüpf wie gesprungen“, ob der Staat den Kapitalprofit durch direkte Besteuerung oder durch Verstaatlichung privater Betriebe an sich bringe, es dürfe ferner keine Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken erfolgen und auch in keinem Falle eine Preiserhöhung der hergestellten Produkte eintreten, man dann notwendig unter den heutigen kapitalistischen Wirtschaftsverhältnissen zur Ablehnung jedes Staatsmonopols kommen muß; denn die Verstaatlichung erfolgt heute, wie ich bereits früher ausgeführt habe, zu fiskalischen Zwecken. Möglich, daß in einem fernem Zeitalter, vielleicht nach hundert, zweihundert oder dreihundert Jahren, der Staat aus ganz anderen Motiven Industriezweige verstaatlicht, aber das kommt jetzt nicht in Betracht. Hier handelte es sich um die Aufbringung der Milliardenbeträge nach dem Kriege.

Wohlweislich hütet sich denn auch der „Vorwärts“, näher anzugeben, welche Staatsmonopole er unter den jetzigen Wirtschaftsverhältnissen für zweckmäßig hält und wie diese eingerichtet sein müßten, wenn sie seinen Ansprüchen genügen sollten. Er hat geradezu einen Abscheu davor, sich auf bestimmte konkrete Fragen einzulassen. Dieser Abscheu vor allem Konkreten geht sogar so weit, daß er die von mir erwähnte Tatsache, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hätte sich früher, z. B. bei der Beratung des Kaligesezes, ganz anders zur Monopolfrage gestellt wie er und damals bereits bestimmte Vorbedingungen für die Zustimmung zur Verstaatlichung festgesetzt, einfach ignoriert.